

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER: 3.3.2.

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Hauptausschuss, HA/027/ XIII	
Sitzung am	: 10.03.2025	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 2, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 19:42

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:		
Vorsitz	: gez.	Gunnar Becker
Schriftführung	: gez.	Kim-Isabel Todt

TEILNAHMEVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 10.03.2025

Sitzungsteilnehmende

Vorsitz

Becker, Gunnar

Teilnehmende

**Betzner-Lunding, Ingrid
 Büchner, Wilfried
 de Vrée, Susan
 Fedrowitz, Katrin
 Giese, Marc-Christopher
 Gräper, Cedric
 Grote, Doris
 Jürs, Lasse
 Mährlein, Tobias
 Matthes, Uwe
 Rathje, Reimer
 Schloo, Tobias
 Schmieder, Katrin
 Weidler, Ruth
 Wendorf, Sven**

Oberbürgermeisterin

Verwaltung

**Bernitt, Tim
 Borchardt, Hauke
 Drews, Thorsten
 Freter, Anke
 Friedrichs, Bernd
 Grundt, Alexander
 Heinemann, Christoph
 Janßen, Max
 Magazowski, Christoph, Dr.
 Major, Julia
 Peters, Mirja
 Powitz, Dieter
 Rapude, Jens
 Richau, Marc
 Rösel, Kathrin
 Todt, Kim-Isabel
 Zeller, Ronny**

**Leitung Amt 68
 Leitung Amt 13
 Leitung Rechnungsprüfungsamt
 Fachbereich 202
 Amt 38
 Fachbereich 203
 Fachbereich 201
 Leitung Amt 42
 Erster Stadtrat
 Dezernat I
 Dezernat II
 Leitung Amt 44
 Leitung Amt 20
 Amt 17
 Zweite Stadträtin
 Fachbereich 134, Protokoll
 Fachbereich 131**

sonstige

**Grabowski, Patrick
 Liepold, Steffen**

**Müller-Schönemann, Petra
 Schmid, Christine
 Schulte, Philip**

**Stadtvertreter
 Geschäftsführung BEB in Norderstedt
 gGmbH
 Stadtpräsidentin
 Seniorenbeirat
 Kinder- und Jugendbeirat**

**VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 10.03.2025

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2025

TOP 4 :

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 24.02.2025

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 6 : B 25/0049

Satzung der Stadt Norderstedt über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer - 1. Lesung

TOP 7 : B 25/0065

Gesamtabschluss 2023

TOP 8 : B 25/0072/1

Schulentwicklungsplanung Schulzentrum-Nord: Erweiterungsneubau und Planung einer Aufstockung (12 Klassenräume) des Bestandsgebäudes

TOP 9 : B 25/0077

Gymnasium Harksheide: Errichtung eines Interim-Schulgebäudes auf dem Sportplatz

TOP 10 : B 25/0076

Gymnasium Harksheide: Vergabe der Planungsleistung an einen Generalplaner zum Neubauvorhaben

hier: Planung und Bau des Interimsschulgebäudes am Gymnasium Harksheide / Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung

TOP 11 : M 25/0060

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Amtes für Finanzen

TOP 12 : M 25/0061

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Ordnungsamtes

TOP 13 : M 25/0056

Bericht über die überplanmäßigen Auszahlungen 2024 des Amtes Feuerwehr

TOP 14 : M 25/0057

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Amtes für Bildung und Kultur

TOP 15 : M 25/0058

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Amtes für Bauordnung und Vermessung

TOP 16 : M 25/0059

Bericht über die überplanmäßige Auszahlung 2024 der Stabstelle Nachhaltiges Norderstedt

TOP 17 : M 25/0075

Berichterstattung über die Zielerreichung und die Entwicklung der Kennzahlen - 2. Halbjahr 2024 -

TOP 18 :

Dauerbesprechungspunkt Baukosten

TOP 18.1 :

Cockpit

TOP 19 :

Einwohnerfragestunde, Teil 2

TOP 20 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 20.1 :

Bericht Frau Schmieder - Bewegungs- und Bestandsstatistik Februar 2025

TOP 20.2 :

Bericht Frau Schmieder - Schreiben des Seniorenbeirates Norderstedt an das Ministerium Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein zum Amtsgericht Norderstedt

TOP 20.3 : M 25/0085

**Bericht Frau Schmieder - Änderungen der Verwaltungsgliederung
- Amt 38 Feuerwehr**

TOP 20.4 : M 25/0084

**Bericht Frau Schmieder - Änderungen der Verwaltungsgliederung
- Amt 41 Jugendamt
- Amt 43 Amt für Kindertagesbetreuung**

TOP 20.5 : M 25/0122

**Bericht Frau Schmieder - Änderungen der Verwaltungsgliederung
- Amt 70 Betriebsamt**

TOP 20.6 : M 25/0087

Bericht Frau Schmieder - Aktueller Sachstand Hauptsatzung Vergabeverfahren

TOP 20.7 : M 25/0068

Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.12.2024 zum Thema „Veranstaltungen“

TOP 20.8 : M 25/0103

Bericht Frau Schmieder - Entwicklung Gewerbesteuersoll (in 1.000,00 €) Stand Februar 2025

TOP 20.9 : M 25/0104

Bericht Frau Schmieder - Entwicklung Grundsteuer B – Soll (in 1.000 €) Stand Februar 2025

TOP 20.10 :

Bericht Frau Rösel - Namensfindung Bildungshaus

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 21 : B 25/0064

Vergabeangelegenheit

TOP 22 :

Berichte und Anfragen - nichtöffentlich

TOP 22.1 :

Bericht Frau Rösel - Unterbringung von Geflüchteten

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 10.03.2025

**TOP 1:
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Becker eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 15 Mitgliedern fest.

**TOP 2:
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte**

Frau Rösel kündigt einen nichtöffentlichen Bericht zur Unterbringung von Geflüchteten an.

Abstimmung über die Nichtöffentlichkeit der TOPs 21 und 22:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Frau Rösel weist auf eine Folgevorlage beim Tagesordnungspunkt 8 „Schulentwicklungsplanung Schulzentrum-Nord: Erweiterungsneubau und Planung Aufstockung Bestandsgebäude“ hin (Vorlage B 25/0072/1, siehe **Anlage 1**). Diese wurde soeben per Email versendet und auf Wunsch in Papier verteilt.

Herr Wendorf beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 „Satzung der Stadt Norderstedt über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer“ (Vorlage B 25/0049) heute nur in 1. Lesung zu behandeln.

Abstimmung über die Behandlung des TOPs 6 in 1. Lesung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	4		1	2	1	1	
Nein:		3	1				
Enthaltung:	1		1				
Befangen:							

Bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Abstimmung über die gesamte, so geänderte Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 3:**Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2025**

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 24.02.2025 erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 4:**Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 24.02.2025**

Herr Becker berichtet, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung ein Prüfauftrag zur NoBiG mbH beschlossen wurde.

TOP 5:**Einwohnerfragestunde, Teil 1**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6: B 25/0049**Satzung der Stadt Norderstedt über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer - 1. Lesung**

Diese Vorlage wird heute nur in 1. Lesung behandelt (siehe TOP 2).

Herr Wendorf stellt folgende Anfrage:

„Die AfD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Bürger bezahlen derzeit in Norderstedt die Zweitwohnungssteuer?
2. Wie hoch waren die Einnahmen für die Stadt Norderstedt durch die Zweitwohnungssteuer in den einzelnen Jahren seit 2015?
3. Wie hoch ist der Verwaltungsaufwand, um diese Steuer zu generieren?“

Eine schriftliche Beantwortung wird zugesagt.

Es gibt keine weiteren Fragen seitens der Mitglieder.

Die Vorlage wird bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 07.04.2025 erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 7: B 25/0065
Gesamtabschluss 2023

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt nach § 93 Abs. 7 i. V. mit § 92 Abs. 3 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) den Gesamtabschluss 2023 und nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 8: B 25/0072/1
Schulentwicklungsplanung Schulzentrum-Nord: Erweiterungsneubau und Planung einer Aufstockung (12 Klassenräume) des Bestandsgebäudes

Der Ausschuss diskutiert. Fragen werden direkt beantwortet.

Beschluss:

Für den Erweiterungsneubau am Schulzentrum Nord sind zusätzliche investive Mittel in Höhe von 10,2 Mio. € im Doppeltaushalt 2026/2027 bereitzustellen.

Die Schaffung zusätzlich notwendiger Klassenräume wird beschlossen. Planungskosten in Höhe von 0,9 Mio. € sind bereitzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang die entstandenen Mehrkosten beim Erweiterungsbau und bei den zusätzlichen Klassenräumen durch ein verändertes Sanierungskonzept wieder aufgefangen werden können.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 9: B 25/0077
Gymnasium Harksheide: Errichtung eines Interim-Schulgebäudes auf dem Sportplatz

Der Ausschuss diskutiert. Fragen werden direkt beantwortet.

Herr Becker fragt, welche Summe genau veranschlagt wird, da ein Ansatz von 30-40 Mio. € nicht möglich ist. Herr Rapude antwortet direkt, dass vorerst mit dem maximalen Wert von 40 Mio. € geplant wird.

Außerdem fragt Herr Becker, ob eine Kreditaufnahme notwendig ist. Herr Rapude bejaht dies.

Die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rahmen des Ausschusses für Schule und Sport am 05.03.2025 wird als **Anlage 2** zu Protokoll gegeben.

Beschluss:

Es wird die Errichtung eines Interim-Schulgebäudes auf der Sportplatzfläche des Gymnasium Harksheide beschlossen.

Für die Ausführung der Gesamtmaßnahme werden Mittel in Höhe von 35-40 Mio. € veranschlagt. Eine genauere Summe kann nach Abschluss der Genehmigungsplanung in der (Leistungsphase 4) kommuniziert werden.

Die erforderlichen Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen für die Gesamtmaßnahme werden in den Haushaltsjahren 2025-2027 bereitgestellt.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:		3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:	5						
Befangen:							

Bei 10 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 10: B 25/0076

Gymnasium Harksheide: Vergabe der Planungsleistung an einen Generalplaner zum Neubauvorhaben

hier: Planung und Bau des Interimsschulgebäudes am Gymnasium Harksheide / Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung

Fragen werden direkt beantwortet.

Beschluss:

1. Es wird die Ausschreibung einer General-Planungsleistung für den Bau eines Interim-Schulgebäudes auf dem Sportplatz des Gymnasiums Harksheide in Höhe von rund 3,9 Mio. (brutto) beschlossen. Die hierfür erforderlichen Mittel werden außerplanmäßig bereitgestellt.

2. Der außerplanmäßigen Auszahlung im Haushaltsjahr 2025 für die oben genannten Leistungen wird gem. § 82 Gemeindeordnung (GO) zugestimmt.

Produktkonto	Investitionsnr.	Bezeichnung	Betrag
217000.785139	2170002025001	Planung und Bau des Interimsschulgebäudes am Gymnasium Harksheide	2.142.000 €

Die Deckungsmittel stehen im Haushaltsjahr 2025 durch Minderauszahlungen wie folgt zur Verfügung:

Produktkonto	Investitionsnr.	Bezeichnung	Betrag
424000.785139	4240002022001	Umkleidehaus Sportanlage Glashütte	340.000 €
217000.785299	2170002022001	Schulhof Gymn. Harksheide	110.000 €
217000.785139	2170002022004	Erweiterungsneubau Copernicus (Musikanbau)	353.000 €
218000.785299	2180002024001	Schulhof Willy-Brandt-Schule	300.000 €
315500.785139	3155002022002	Mobilgebäude (16) an div. Standorten	339.000 €
126000.785148	12600148	FTZ Ausbau und Erweiterung	700.000 €

3. Der Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) gem. § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Jahr 2025 in Höhe von 1.758.000 € wird zugestimmt:

Produktkonto	Investitionsnr.	Bezeichnung	VE 2025 f. 2026	VE 2025 f. 2027
217000.785139	2170002025001	Planung und Bau des Interimsschulgebäudes am Gymnasium Harksheide	1.000.000 €	758.000 €

Die Deckungsmittel stehen im Haushaltsjahr 2025 durch Minderbedarf von Verpflichtungsermächtigungen wie folgt zur Verfügung:

Produktkonto	Investitionsnr.	Bezeichnung	VE 2025 f. 2026	VE 2025 f. 2027
315500.785139	3155002022002	Mobilgebäude (16) an div. Standorten	1.000.000 €	758.000 €

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 11: M 25/0060

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Amtes für Finanzen

Fragen werden direkt beantwortet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12: M 25/0061

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Ordnungsamtes

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 13: M 25/0056

Bericht über die überplanmäßigen Auszahlungen 2024 des Amtes Feuerwehr

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14: M 25/0057

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Amtes für Bildung und Kultur

Herr Mährlein fragt, warum die überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen hier so hoch ausgefallen sind.

Eine Beantwortung wird zugesagt:

Antwort zu Protokoll:

Durch die eingeschränkten Möglichkeiten, Musikschullehrer als Honorarkräfte zu beschäftigen, mussten diverse Honorarverträge in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge umgewandelt werden, was im Ergebnis zu Mehraufwendungen geführt hat. Die Personalaufwandssteigerungen im Bereich der VHS begründen sich durch ein erweitertes Angebot für Integrations- und Berufssprachkurse, wodurch ebenfalls höhere Entgelte erzielt wurden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 15: M 25/0058

Bericht über die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2024 des Amtes für Bauordnung und Vermessung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 16: M 25/0059

Bericht über die überplanmäßige Auszahlung 2024 der Stabstelle Nachhaltiges Norderstedt

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 17: M 25/0075**Berichterstattung über die Zielerreichung und die Entwicklung der Kennzahlen - 2. Halbjahr 2024 -**

Fragen werden direkt beantwortet.

Herr Giese hinterfragt, ob die Hilfsfrist beim Ziel Nr. 4 nicht angepasst werden muss. Aktuell ist dort 9 Minuten vermerkt. Im Gesetz sei aber eine Hilfsfrist von 10 Minuten aufgeführt, wobei 2 Minuten auf die telefonische Annahme entfallen, d.h. für das Ausrücken würden nur 8 Minuten und nicht die eben genannten 9 Minuten verbleiben. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung und ggf. Anpassung zu.

Herr Becker regt an, dass sich die Fachausschüsse nochmal mit ihren jeweiligen Zielen befassen und diese ggf. anpassen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 18:**Dauerbesprechungspunkt Baukosten****TOP 18.1:****Cockpit**

Frau Schmieder gibt die Prioritätenliste im Ampelsystem als **Anlage 3** zu Protokoll. Sie erläutert, dass, wenn keine Ampel sondern „---“ notiert ist, kein konkreter Zeitplan oder Kostenplan vorhanden ist. Es wird aber weiterhin an dem jeweiligen Projekt gearbeitet.

Herr Mährlein merkt an, dass die Ampel beim Projekt 3 „Dunantstraße“ bei der Zeitschiene auf grün sein müsste.

Die Verwaltung bestätigt dies. Zum nächsten Mal erfolgt eine entsprechende Anpassung.

Herr Schloo äußert den Wunsch, dass bei gelber / roter Ampel jeweils aufgezeigt wird, um wie viel Zeit / Kosten die Planung überschritten wird.

Die Verwaltung führt aus, dass eine gelbe Ampelschaltung eher als Risikomeldung zu verstehen ist, die sich in der Regel noch nicht beziffern lässt. Eine rote Ampelschaltung definiert eine sicher eintretende Abweichung zum bestehenden Beschluss. Sofern zum Zeitpunkt der Ampelschaltung eine genaue Bezifferung möglich ist, wird diese zukünftig entsprechend ergänzt.

TOP 19:**Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 20:**Berichte und Anfragen - öffentlich****TOP 20.1:****Bericht Frau Schmieder - Bewegungs- und Bestandsstatistik Februar 2025**

Frau Schmieder gibt die Bewegungs- und Bestandsstatistik für den Monat Februar 2025 als **Anlage 4** zu Protokoll.

TOP 20.2:**Bericht Frau Schmieder - Schreiben des Seniorenbeirates Norderstedt an das Ministerium Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein zum Amtsgericht Norderstedt**

Frau Schmieder gibt ein Schreiben des Seniorenbeirates Norderstedt an das Ministerium Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein zum Amtsgericht Norderstedt als **Anlage 5** zu Protokoll.

TOP 20.3: M 25/0085**Bericht Frau Schmieder - Änderungen der Verwaltungsgliederung - Amt 38 Feuerwehr****Grundlage:**

Gemäß § 65 Abs. 2 S. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) gliedert die Oberbürgermeisterin die Verwaltung in Sachgebiete und weist den Stadträtinnen und Stadträten Sachgebiete zu.

Die Oberbürgermeisterin legt gem. § 65 Abs. 3 GO ihren Vorschlag zur Verwaltungsgliederung und Sachgebietszuweisung an die Stadträtinnen und Stadträte der Stadtvertretung vor. Die Stadtvertretung kann dem Vorschlag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder widersprechen.

Organisatorische Änderungen innerhalb der Sachgebiete/Dezernate obliegen der Entscheidung der Oberbürgermeisterin.

Sachverhalt:

Durch die zunehmende Aufgabenlast im o.g. Amt hat sich herausgestellt, dass zahlreiche Aufgaben als bereichsübergreifende Querschnittsaufgaben anfallen, die für alle Fachbereiche relevant sind. Zu diesen Aufgaben zählen unter anderem die Einführung der digitalen Akte, das Gesundheitsmanagement, die Erstellung und Verwaltung diverser Verfahrensanweisungen, die laufende Haushaltsplanung einschließlich Controlling, das Förderwesen, die Betreuung von Auszubildenden und Praktikanten, die Urlaubsplanung sowie die Schnittstellenfunktion zur Freiwilligen Feuerwehr in allen Fachbereichen des Amtes. Darüber hinaus bestehen derzeit verschiedene offene Projekte, deren Komplexität eine zentrale Steuerung erfordert, um so zu einer Reduktion des Effizienzverlustes beitragen.

Konkret werden dabei folgende Änderungen vollzogen:

- Verlagerung der Stellen des Sachgebietes 3832 – „Verwaltung“ mit direkter Unterstellung des Personals zur Amtsleitung 38. Die bisherige Sachgebietsleitung wird aufgrund interner Delegation weiterhin die Fach- und Dienstaufsicht, auch ohne organisatorische Darstellung eines Sachgebietes, wahrnehmen.
- Änderung der Ordnungsziffer und Umbenennung des Sachgebietes 3833 – „Einsatzplanung, Einsatzvorbereitung, BE/BA“ in 3832 - Vorbeugender Brandschutz
- Umbenennung des Fachbereiches 383 – „Örtlicher Bevölkerungsschutz und Verwaltung“ in „Örtlicher Bevölkerungsschutz und Vorbeugender Brandschutz“

Die vorstehenden Änderungen treten zum 01.04.2025 in Kraft.

Anlage 6: aktuelles Organigramm Amt 38

Anlage 7: zukünftiges Organigramm Amt 38

TOP 20.4: M 25/0084**Bericht Frau Schmieder - Änderungen der Verwaltungsgliederung - Amt 41 Jugendamt
- Amt 43 Amt für Kindertagesbetreuung**

Grundlage:

Gemäß § 65 Abs. 2 S. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) gliedert die Oberbürgermeisterin die Verwaltung in Sachgebiete und weist den Stadträtinnen und Stadträten Sachgebiete zu.

Die Oberbürgermeisterin legt gem. § 65 Abs. 3 GO ihren Vorschlag zur Verwaltungsgliederung und Sachgebietszuweisung an die Stadträtinnen und Stadträte der Stadtvertretung vor. Die Stadtvertretung kann dem Vorschlag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder widersprechen.

Organisatorische Änderungen innerhalb der Sachgebiete/Dezernate obliegen der Entscheidung der Oberbürgermeisterin.

Sachverhalt:

Aufgrund der zunehmenden Komplexität und stetig wachsender Aufgaben im Bereich des Jugendamtes, werden das Jugendamt (Amt 41) und das Amt für Kindertagesbetreuung (Amt 43) zukünftig zusammengelegt. Diese Entscheidung erfolgt im Hinblick auf sich ergebende Synergieeffekte, soll aber auch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ausscheiden der Amtsleitung des Amtes 43 zum untenstehenden Zeitpunkt erfolgen. Ziel ist es, organisatorische Strukturen zu optimieren und die immer anspruchsvolleren Aufgaben effizienter zu bewältigen.

Konkret werden dabei folgende Änderungen vollzogen:

- Umbenennung des Amtes 41 – „Jugendamt“ in „Amt für Kinder, Jugend und Familie“
- Umbenennung des Fachbereiches 411 – „Allgemeiner Sozialer Dienst“ in „Soziale Dienste“
- Auflösung des Fachbereiches 413 – „Koordination & Prävention“ inkl. Verlagerung und Aufteilung der Stellen auf die Fachbereiche 411 – „Soziale Dienste“ und 412 – „Jugendhilfe/Schule & offene Kinder- und Jugendarbeit“
- Verlagerung des Fachbereiches 431 – „Kindertagesbetreuung“ in das Amt 41 – „Amt für Kinder, Jugend und Familie“
- Der verlagerte Fachbereich 431 – „Kindertagesbetreuung“ erhält im Amt 41 die neue Ordnungsziffer 413
- Umbenennung des Fachbereiches 414 – „Inklusion/EGH“ in Fachbereich 414 – „Kindertagesstätten und Fachberatung“
Die Aufgaben Fachberatung für Kindertagesstätten, sowie das Kompetenzteam Inklusion werden direkt der Fachbereichsleitung 414 zugewiesen. Für die neue Stelle der Fachbereichsleitung 414 wird die bestehende Springerleitungsstelle neu bewertet. Ziel ist dabei eine Neubewertung nach TVöD-V und nicht TVöD-SuE.
- Verlagerung des Fachbereich 432 – „Städtische Kindertagesstätten“ in das neugegründete Sachgebiet 4141 – „Städtische Kindertagesstätten“
- Neugründung eines sechsten Fachbereiches 415 – „Jugendhilfeplanung und –entwicklung“
Im neu geschaffenen Fachbereich 415 sollen u.a. Aufgaben der Geschäftsstelle, der Jugendhilfeplanung, der internen Steuerung und der derzeitigen Verfahrenslotsin wahrgenommen werden. Für die Stelle der Fachbereichsleitung wird die freiwerdende Stelle der Amtsleitung 43 mit neuen Aufgaben beschrieben und neu bewertet.

Die vorstehenden Änderungen treten zum 01.06.2025 in Kraft.

Anlage 8: aktuelles Organigramm Dezernat II

Anlage 9: zukünftiges Organigramm Dezernat II

TOP 20.5: M 25/0122

**Bericht Frau Schmieder - Änderungen der Verwaltungsgliederung
- Amt 70 Betriebsamt**

Grundlage:

Gemäß § 65 Abs. 2 S. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) gliedert die Oberbürgermeisterin die Verwaltung in Sachgebiete und weist den Stadträtinnen und Stadträten Sachgebiete zu.

Die Oberbürgermeisterin legt gem. § 65 Abs. 3 GO ihren Vorschlag zur Verwaltungsgliederung und Sachgebietszuweisung an die Stadträtinnen und Stadträte der Stadtvertretung vor. Die Stadtvertretung kann dem Vorschlag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder widersprechen.

Organisatorische Änderungen innerhalb der Sachgebiete/Dezernate obliegen der Entscheidung der Oberbürgermeisterin.

Sachverhalt:

Im genannten Amt soll die Organisation effizienter gestaltet werden, insbesondere im Hinblick auf die Führungsstruktur. Nach dem Ausscheiden der bisherigen Fachbereichsleitung und einer vorübergehenden kommissarischen Besetzung wurde zunehmend deutlich, dass eine organisatorische Neuausrichtung sinnvoll ist. Durch die Eingliederung des Fachbereichs Gebrauchtwarenhaus in den Fachbereich Abfall und Verwaltung können Synergien besser genutzt und Ressourcen effizienter eingesetzt werden.

Konkret werden dabei folgende Änderungen vollzogen:

- Verlagerung des Fachbereiches 703 – „Gebrauchtwarenhaus“ in das neugegründete Sachgebiet 7012 - „Gebrauchtwarenhaus“
- Umwandlung und Neubewertung der Stelle 703.1 von Fachbereichsleitung in Sachgebietsleitung

Die vorstehenden Änderungen treten zum 01.04.2025 in Kraft.

Anlage 10: aktuelles Organigramm Amt 70

Anlage 11: zukünftiges Organigramm Amt 70

TOP 20.6: M 25/0087

Bericht Frau Schmieder - Aktueller Sachstand Hauptsatzung Vergabeverfahren

Sachverhalt:

Es steht im Raum, die bisherige Regelung zur Beteiligung der Politik bei Vergabeverfahren zu ändern. Hierzu liegen verschiedene Lösungsansätze vor. Wegen der großen Bedeutung für die Verfahrensabläufe des Hauses gibt es eine laufende Anfrage bei der Kommunalaufsicht, die um eine rechtliche Einschätzung verschiedener Lösungsansätze gebeten wurde. Sobald die Einschätzung der Kommunalaufsicht hierzu vorliegt, wird die Verwaltung unaufgefordert eine Beschlussvorlage erarbeiten um eine dauerhaft tragfähige und rechtssichere Lösung vorlegen zu können.

TOP 20.7: M 25/0068**Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.12.2024 zum Thema „Veranstaltungen“****Sachverhalt:**

Die SPD Fraktion hat in der Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2024 die folgende schriftliche Anfrage gestellt:

- 1) Wie viele und welche Veranstaltungen mit Kosten von über 499,00 EUR hat die Stadtverwaltung und die Stadtpräsidentin in 2024 ausgerichtet und welche sind für 2025 geplant?
- 2) Welche Kosten sind für die jeweiligen Veranstaltungen angefallen bzw. geplant?

Da der Begriff der „Veranstaltung“ sehr unterschiedlich definiert werden kann, wurde im Vorwege folgende Konkretisierung mit der SPD-Fraktion vereinbart:

- Die Abfrage bezieht sich auf Veranstaltungen, bei denen die Stadt Norderstedt (Stadtverwaltung oder die Stadtpräsidentin) als Veranstalterin auftritt (d.h. keine Veranstaltungen von Dritten, die von der Stadt lediglich bezuschusst werden).
- Veranstaltungen im Sinne der Anfrage sind öffentliche Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. externen Gästen (d.h. keine ausschließlich internen Veranstaltungen, Fortbildungen etc.)
- Es sind sowohl freiwillige Veranstaltungen als auch solche, zu denen die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, aufzulisten.

In 2024 wurden entsprechend dieser Kriterien insgesamt 220 Veranstaltungen durchgeführt. Für 2025 sind bisher gut 240 Veranstaltungen geplant.

In der beigefügten Aufstellung (**Anlage 12**) sind alle Veranstaltungen von über 499,- € aus 2024 sowie die geplanten Veranstaltungen in 2025 aufgeführt. Die Personal- und Raumkosten für städtische Ressourcen sind nicht in den angegebenen Kosten enthalten.

TOP 20.8: M 25/0103**Bericht Frau Schmieder - Entwicklung Gewerbesteuersoll (in 1.000,00 €) Stand Februar 2025****Sachverhalt:**

	2024	+/-	2025	+/-
Jahresanf.-Bescheide	92.414		95.064	
Januar	107.789	15.375	109.574	14.510
Februar	111.358	3.569	112.722	3.148
März	131.917	20.559		
April	130.915	-1.002		
Mai	130.931	16		
Juni	140.991	10.060		
Juli	143.323	2.332		
August	147.130	3.807		
September	147.662	532		
Oktober	147.420	-242		
November	145.685	-1.735		
Dezember	144.388	-1.297		
HH-Ansatz	140.000		138.000	

TOP 20.9: M 25/0104**Bericht Frau Schmieder - Entwicklung Grundsteuer B – Soll (in 1.000 €) Stand Februar 2025****Sachverhalt:**

	2024	2025	Erreichter Anteil am Rg.- Ergebnis 2024
Ansatz	14.600	14.600	
Jahresanf.-Bescheide	14.477	13.173	89,42 %
Januar	14.612	13.116	89,04%
Februar	14.632	13.143	89,82%
März	14.681		
April	14.688		
Mai	14.698		
Juni	14.682		
Juli	14.679		
August	14.701		
September	14.704		
Oktober	14.707		
November	14.732		
Dezember / Ergebnis	14.731		

TOP 20.10:**Bericht Frau Rösel - Namensfindung Bildungshaus**

Frau Rösel berichtet über den Stand der Namensfindung für das Bildungshaus. Im Rahmen der Ausschusssitzung des Amtes für Bildung und Kultur am 22.05.2025 wird voraussichtlich der Name bekannt gegeben.

Die Öffentlichkeit wird für den weiteren Verlauf der Sitzung ausgeschlossen.